

Wittenberg, Erich; Dreger, Christian

Article

Finanzmarktkrise: wie bedroht ist die deutsche Wirtschaft?: Sechs Fragen an Christian Dreger

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Wittenberg, Erich; Dreger, Christian (2008) : Finanzmarktkrise: wie bedroht ist die deutsche Wirtschaft?: Sechs Fragen an Christian Dreger, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 41, pp. 613-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151680>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sechs Fragen an Christian Dreger

Finanzmarktkrise: Wie bedroht ist die deutsche Wirtschaft?



PD Dr. Christian Dreger
Leiter der
Konjunkturabteilung
am DIW Berlin

Herr Dr. Dreger, die Finanzmarktkrise in den USA sorgt weltweit für Erschütterungen. Besteht die Gefahr, dass die Krise auf die gesamte Wirtschaft Deutschlands durchschlägt?

Die Gefahr besteht durchaus. Allerdings nur, wenn die Politik nicht eingreift. Aber die politischen Entscheidungsträger haben bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Krise abzufedern.

Eine dieser Maßnahmen ist das milliardenschwere Finanzpaket für den angeschlagenen Münchener Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate. Halten Sie das für die richtige Maßnahme?

Es kommt immer darauf an, im Einzelfall zu prüfen, ob eine Bank systemrelevant ist oder nicht. Durch die Vernetzung können Zusammenbrüche einzelner Banken auch Zusammenbrüche anderer Banken oder des Finanzsystems nach sich ziehen. Hier kam es darauf an, den Märkten zu signalisieren: Die Politik ist tatsächlich auch bereit einzugreifen, um die Krise abzuwenden.

Bei den Rettungsprogrammen für bedrohte Banken sind riesige Summen im Spiel. Wäre das viele Geld nicht woanders besser investiert, beispielsweise in wirtschaftsfördernde Maßnahmen?

Das sind im Moment natürlich keine tatsächlichen Zahlungen. Der Staat steht zunächst einmal Gewehr bei Fuß und kann notfalls einspringen, wenn diese Kredite platzen sollten. Es ist aber noch überhaupt nicht gesagt, inwieweit das tatsächlich der Fall sein wird.

Die Finanzkrise hat Auswirkungen auf die Kreditvergabe der Banken. In welchem Maße wird das die Konjunktur beeinträchtigen?

Wir haben noch keine starken Überschwappeffekte der Finanzmarktkrise in den USA. Dort hat die Konjunktur natürlich gelitten, insbesondere weil der Immobilienpreisboom ein Ende hat. Investitionen und Konsum in den USA dürften sich nicht gut entwickeln. In Europa, vor allem in Deutschland, spielt die Kreditverknappung

bisher keine große Rolle. Wenn der Staat hier einspringt, dann besteht zunächst nicht die Gefahr, dass es zu deutlichen Kreditverknappungen für die Realwirtschaft kommt. Ohnehin ist die deutsche Wirtschaft weniger kreditfinanziert als die der USA.

Der Finanzminister reagiert bereits auf die Finanzmarktkrise durch Bürgschaften für Kredite. Sind weitere Maßnahmen nötig?

Längerfristig muss man die Finanzaufsicht überdenken. Europa hat einen ordnungspolitischen Flickenteppich. Die Finanzmarktaufsicht ist national organisiert, die Banken hingegen zunehmend international. Das passt nicht zusammen und ist nicht effizient. Die Länder können unterschiedlich auf die gleiche Krise reagieren, und das stärkt nicht den europäischen Bankenplatz. Daher ist eine stärkere Harmonisierung der Finanzaufsicht in Europa erforderlich. Man muss allerdings auch aufpassen, dass der Wettbewerb und die zunehmende Marktintegration nicht behindert werden.

„Europa hat einen
» ordnungspolitischen «
Flickenteppich.“

Wie können die Notenbanken dazu beitragen, dass die Inflation nicht aus dem Ruder läuft?

Wir haben eine Beruhigung beim Anstieg der Lebensmittelpreise und eher zurückgehende Energiepreise. Deshalb haben wir für das nächste Jahr niedrigere Inflationsraten als im Moment zu erwarten. Allerdings muss speziell die US-Notenbank dazu beitragen, das von ihr geschaffene Inflationspotential abzubauen. Durch das Finanzpaket hat der Staat in den USA jetzt für eine gewisse Beruhigung der Finanzmärkte gesorgt. Das gibt der Geldpolitik speziell in den USA wieder Raum, die Inflationsbekämpfung anzugehen. Im Euroraum sind die Verhältnisse anders. Hier hat die EZB nicht in dem Maße wie die USA für die Überschwemmung der Märkte mit Liquidität gesorgt. Für den Euroraum sind ganz im Gegenteil sogar Zinssenkungen denkbar, die im nächsten Jahr dann auch kommen sollten.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.